

# WIE MILLIARDENKLAGEN VON OLIGARCHEN DIE RUSSLAND-SANKTIONEN UNTERGRABEN

## Was ist der Kontext?

Während die EU versucht, die von der in Brüssel ansässigen Verwahrstelle Euroclear gehaltenen russischen Vermögenswerte zur Unterstützung der Ukraine zu nutzen, blockiert Belgien diesen Schritt aus Angst vor milliardenschweren Investor-Staat-Schiedsverfahren. Der Streit macht ein tieferliegendes Problem deutlich: Europäische Investitionsabkommen geben (russischen) Superreichen und Konzerne weiterhin rechtliche Mittel an die Hand, um Sanktionen anzufechten und die Unterstützung der Ukraine zu untergraben. Diese Verträge wurden bereits in großem Umfang gegen die Ukraine eingesetzt, wodurch Ressourcen abgezogen und ihr politischer Handlungsspielraum in Kriegszeiten eingeschränkt wurde. Jetzt gefährden sie zudem das Sanktionsregime der EU und deren Pläne zur Unterstützung der Ukraine.

## Was ist ISDS?

Das Investor-Staat-Streitbeilegungssystem (ISDS) ermöglicht es ausländischen Investoren (oftmals großen Unternehmen oder sehr vermögenden Privatpersonen), Staaten außerhalb des nationalen Rechtssystems für demokratisch beschlossene Maßnahmen oder Gesetze zu verklagen, von denen sie glauben, dass sie ihre Gewinne beeinträchtigen könnten. Die Fälle werden vor **intransparenten Schiedsgerichten** verhandelt und können **Hunderte Millionen oder Milliarden Dollar** Entschädigung erstreiten – weit mehr als vor nationalen Gerichten.

Das ISDS-System ist ein **höchst umstrittener** Schiedsmechanismus, der in Handels- oder Investitionsabkommen zwischen Ländern enthalten ist. **Viele Länder**, inklusive vieler in Europa, haben sich von diesem System **distanziert**.

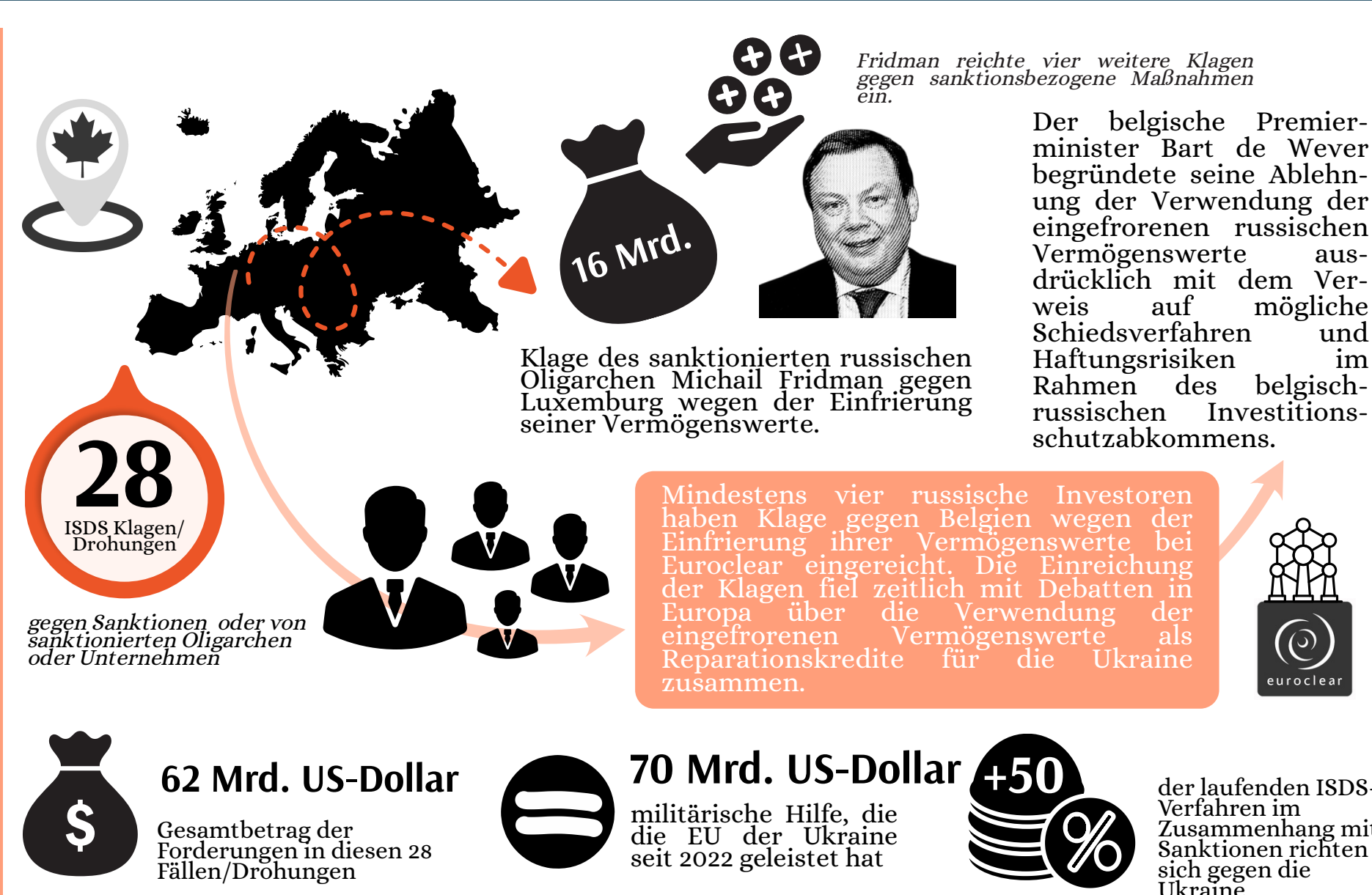
## Gefährliche Verträge

Trotz des Krieges in der Ukraine haben viele EU-Länder ihre **bilateralen Investitionsabkommen** mit Russland und anderen Drittländern beibehalten – obwohl der Europäische Gerichtshof bereits 2009 entschieden hat, dass diese Abkommen im **Widerspruch zu den Sanktionsmaßnahmen der EU stehen**.

Auch die **Ukraine** hat zahlreiche Investitionsabkommen mit anderen Ländern in Europa geschlossen, die von russischen Oligarchen genutzt werden, um internationale Sanktionen anzufechten. **Eine Aufhebung dieser Abkommen würde neue Klagen verhindern**, ohne die Beziehungen zu Europa zu beeinträchtigen. Und die Ukraine muss sie ohnehin kündigen, um der **EU beitreten** zu können, da solche Abkommen innerhalb der EU illegal sind.

Nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine haben die EU, die Ukraine selbst und fast 20 weitere Länder Sanktionen gegen den russischen Staat sowie gegen Unternehmen und Personen verhängt, die eng mit dem Regime und den Kriegsanstrengungen verbunden sind. Diese Sanktionen werden nun von russischen Oligarchen und Unternehmen vor privaten Investitionsschiedsgerichten unter Berufung auf sogenannte „ISDS“-Mechanismen angefochten, die in bilateralen Investitionsabkommen enthalten sind.

LÄNDER, DIE WEGEN IHRER SANKTIONEN VERKLAGT WERDEN



## Klagen gegen die Ukraine

Immer mehr Fälle richten sich gegen Sanktionen und sicherheitspolitische Maßnahmen, die von der Ukraine nach den Invasionen 2014 und 2022 ergriffen wurden.



Sanktionierte russische Personen und Unternehmen nutzen ihre Präsenz in Europa, um die Ukraine auf Grundlage von Investitionsschutzabkommen mit EU-Mitgliedstaaten und dem Vereinigten Königreich zu verklagen.

- ✓ Alle Länder sollten ihre Investitionsabkommen mit Russland kündigen, um die Ansprüche russischer Investoren auslaufen zu lassen.
- ✓ Die EU-Mitgliedstaaten und die Ukraine müssen die zwischen ihnen bestehenden Investitionsabkommen dringend kündigen. Ein einziger gemeinsamer Kündigungsvertrag zwischen der EU und der Ukraine könnte alle zwischen ihnen bestehenden Investitionsabkommen gleichzeitig beenden.
- ✓ Langfristig sollten Länder ISDS aus allen bestehenden Verträgen streichen und keine neuen Verträge mit ISDS mehr abschließen.

